

Ja zur sozialen Krankenversicherung

Aktionskomitee: Wir wollen die beste

(ai) Im Bahnhofbuffet Bern stellte sich in einem Gespräch mit der Presse kürzlich das "Aktionskomitee für die Initiative Soziale Krankenversicherung" vor. Nationalratspräsident Anton Muheim, der Präsident des Aktionskomitees, hob einleitend hervor, es gelte am 8. Dezember bei der Abstimmung über die sozialdemokratisch/gewerkschaftliche Initiative für eine soziale Krankenversicherung und den Gegenvorschlag der Bundesversammlung, die aus dem Jahre 1911 datierende, ungenügende Ordnung in die bestmögliche umzuwandeln. Die Schweiz gehöre jetzt in der Krankenversicherung nicht zu den fortschrittlichsten Staaten.

Nationalrat Richard Müller, einer der Vizepräsidenten des Aktionskomitees, dem erfreulicherweise auch Aerzte und Krankenkassen angehören, und in welchem nebst Familien- und Invalidenschutzverbänden praktisch die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung vertreten ist, schilderte Ziel und Inhalt der Initiative. Müller betonte, dass nur ein Obligatorium, wie es die Initiative vorsehe, den Aufbau einer wirklich sozialen, auf der Solidarität Aller aufgebauten Krankenversicherung erlaube. Obligatorium heisse nicht Verstaatlichung. Sonst hätte ja zum Beispiel die obligatorische Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge schon längst verstaatlicht werden müssen. Und im Kanton Graubünden zum Beispiel, der auf Gemeindeebene ein Obligatorium in der Krankenversicherung hat, gebe es genauso viele private Krankenkassen wie anderswo, wo das Obligatorium nicht existiere. Die Initiative verlange übrigens, dass das Krankenversicherungssystem auf den bestehenden Kassen aufgebaut werde.

Im übrigen habe das Konkordat der Krankenkassen, das sich jetzt in einer eher brüchigen Allianz mit den Aerztevereinigungen für den Gegenvorschlag stark macht, seinerzeit über 600'000 Unterschriften gesammelt für eine Petition, in der eine Krankenversicherung gefordert worden sei, "die nach Vorbild der AHV die gesamte Bevölkerung einbezieht und schützt". Genau das tue aber das sozialdemokratisch/gewerkschaftliche Volksbegehren, von dem sich heute das Krankenkassenkonkordat distanzieren.

SGB-Sekretär Fritz Leuthy, Mitglied des Aktionskomitees für eine soziale Krankenversicherung, strich in einer Gegenüberstellung

zehn gewichtige Unterschiede

zwischen Initiative und Gegenvorschlag heraus.

1. Die Initiative bringt allen Bewohnern unseres Landes einen umfassenden Versicherungsschutz. Der Gegenvorschlag hält am freiwilligen Versicherungssystem fest. Es wird bei der Annahme des Gegenvorschlages in unserem Land auch weiterhin Hunderttausende mit entweder überhaupt keinem oder aber mit einem ungenügenden Versicherungsschutz geben. Unter diesen nicht oder ungenügend Versicherten sind vor allem Betagte und - wie Nationalrätin Hedi Lang, die Präsidentin der "Pro Familia" am Pressegespräch betonte - Frauen.

2. Die Initiative hebt die Altersgrenze für die Aufnahme in eine Kasse auf. Beim Gegenvorschlag können zwar die Alten in eine Kasse aufgenommen werden, aber zu Sonderbedingungen, die rein vom Finanziellen her den Beitritt eines AHV-Rentners zur Krankenkasse illusorisch erscheinen lassen.
3. Die Initiative lässt alle Versicherungsvorbehalte (zum Beispiel bei Leuten, die ihre Versicherung erhöhen möchten, um sie den steigenden Kosten anzupassen) wegfallen. Beim Gegenvorschlag muss wegen der Freiwilligkeit an diesen Vorbehalten festgehalten werden.
4. Die Initiative bringt dank des Obligatoriums für alle eine der Einkommenslage entsprechende Prämie, ungeachtet des Alters und Geschlechts.
5. Beim Gegenvorschlag muss wegen der Freiwilligkeit weiterhin an nach Eintrittsalter und Geschlecht abgestuften Prämien festgehalten werden. Wer, bei Wohnorts- oder Stellenwechsel, auch die Kasse wechseln muss, hat in der neuen Kasse mit höheren Prämien als vorher zu rechnen. Frauen bezahlen bis zu einem Drittel höhere Prämien als Männer. Diese Frauenprämien sollen für wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen durch Bundessubventionen reduziert werden.
6. Die Initiative bringt einen umfassenden Schutz bei Zahnbehandlungskosten. Der Gegenvorschlag erfasst nur Zahnerkrankungen. Die vielgerühmte und notwendige Prophylaxe (vorbeugende Massnahmen) dürfte also bei Annahme der Initiative besser zum Funktionieren kommen als bei Annahme des Gegenvorschlages.
7. Die Initiative sichert eine umfassende Mutterschaftsversicherung. Auch nichterwerbstätige Mütter erhalten ein Taggeld und können damit mindestens teilweise die zusätzlichen Kosten einer Mutterschaft (Haushaltshilfe usw.) decken. Der Gegenvorschlag billigt der nichterwerbstätigen Mutter kein Taggeld zu.
8. Die Initiative schliesst in die obligatorische Taggeldversicherung auch die selbständig Erwerbenden ein. Der Gegenvorschlag beschränkt das Obligatorium bei der Taggeldversicherung auf die Arbeitnehmer.
9. Die Initiative bringt eine sozial gerechte Prämie, die auf einem vollen Lastenausgleich zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen, Ledigen und Familien, Jungen und Alten aufbaut. Der Gegenvorschlag begrenzt den Sozialausgleich. Dadurch müssen die fehlenden Mittel über Individualprämien eingebracht werden. Diese benachteiligen die unteren und mittleren Einkommensbezüger und die Familien. Der Gegenvorschlag will daher die Prämien der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen mittels Subventionen ermässigen. Damit wird eine Art Armensystem eingeführt, denn die "wirtschaftlich Schwächeren" müssen sich als solche ausweisen.
10. Die Initiative kann künftige Kostensteigerungen ohne Prämien erhöhungen auffangen, sofern diese sich im Ausmass der Lohnsteigerungen bewegen. Beim Gegenvorschlag sind die Lohnprozente begrenzt. Ein Teil der Kostensteigerungen muss somit über Anpassungen der Individualprämien aufgefangen werden. Das aber bedeutet für Familien: Prämienaufschlag für jedes einzelne Familienmitglied - also Kumulation der Prämien erhöhungen.

Mit diesen Angaben hat das "Aktionskomitee für die Initiative Soziale Krankenversicherung" nun jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit gegeben, zu vergleichen, und sich für den 8. Dezember ein Urteil zu bilden.

gk

Aktionskomitee für die Initiative Soziale Krankenversicherung

- Präsident:** Dr. A. Muheim, Nationalratspräsident, Luzern
- Vize-Präsidenten:** E. Canonica, Präsident SGB, Dietikon
 G. Casetti, Präsident CNG, Bern
 D. Clerc, Regierungsrat, Rossens
 R. Duvoisin, Prés. de la Fédération neuchâteloise des Sociétés de secours mutuels et des Caisses maladies, Neuchâtel
 H. Isler, Zentralsekretär SVEA, Bern
 K. Kipfer, Dr. med., Bern
 Hedi Lang, Nat.Rat, Präsidentin Pro Familia, Wetzikon
 W. Meier, Präsident Föderativverband, Bern
 R. Müller, Nat.Rat, Fraktionspräsident, Vize-Präsident SP, Bern
 Gabrielle Nanchen, Nat.Rat, Icogne
 M. Oltramare, Dr. med., Genf
 J. Queloz, Präsident Mouvement populaire des familles, Lausanne
 A. Schmid, Regierungsrat, Aarau, Parteipräs. SP
- weitere Mitglieder:** A. Abegg, Regierungsrat, Kreuzlingen
 D. Baumgartner, Nationalrat, Engi
 D. Beck, Dr. med., Zürich
 J. Berenstein, Präsident Bund Schweiz. Frauenvereine, Genf
 B. Bernasconi, Regierungsrat, Bellinzona
 H. Bratschi, Nationalrat, Bern
 J.P. Bossy, Dr. méd., Martigny
 W. Donzé, Regierungsrat, Genf
 M. Eggenberger, Ständerat, St. Gallen
 R. Gassmann, Präs. SP-Frauen, Zürich
 P. Harnisch, Regierungsrat, Neuhausen am Rhf.
 E. Hurwitz, Dr. med., Zürich
 C. Jelmini, Nationalrat, Lugano
 E. Lieberherr, Stadträtin, Zürich
 F. Leuthy, Sekretär SGB, Bern
 B. Meizoz, Nationalrat, Lausanne
 O. Messerli, Krankenkasse, SMUV, Bern
 H.P. Meyer, Dr. med., Zürich
 M. Mühlethaler, Dr. med., Genf
 R. Müller, Chefredaktor TW, Bern
 K. Nussbaumer, Krankenkasse, SBHV, Zürich
 A. Perruchoud, Vizepräsident Christ.-nat. Gewerkschaftsbund, Martigny

A. Rasser, Nationalrat, Basel
 J. Rey, Vizepräsident Pro Familia, Fribourg
 J. Riesen, Nationalrat, Flamatt
 A. Rossi, Zürich
 H. Sahlfeld, Nationalrätin, Wil
 O. Schütz, Nationalrat, Zürich
 E. Schwendinger, Nationalrat, Herisau
 W. Steinebrunner, Dr. med., Zürich
 J. Stöckli, Vorsteher Krankenkassen, Basel
 R. Tissot, Prof. Dr. med., Genf
 R. Tschäppät, Nationalrat, Bern
 L. Uchtenhagen, Nationalrätin, Zürich
 E. Wüthrich, Nationalrat, Bern
 D. Wyler, Nationalrat, Lugano
 P. Wyss-Chodat, Grossrat, Vize-Präs. SP, Petit-Lancy
 M. Zaugg-Alt, Präs. Frauenkommission SGB, Zürich

Die Initiative "Soziale Krankenversicherung" der SP Schweiz wird unterstützt von:

Schweiz. Gewerkschaftsbund

Christlichnationaler Gewerkschaftsbund

Schweiz. Verband evangelischer Arbeitnehmer

Föderativverband des Personals öffentl. Verwaltungen und Betriebe

Fédération neuchâteloise des Sociétés de secours mutuels et des
Caisses maladies, Neuchâtel

Krankenkasse des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes

Krankenkasse des Schweiz. Bau- und Holzarbeiter-Verbandes

Pro Familia

Mouvement populaire des familles

Schweiz. Invalidenverband

Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Kranken- und Invalidenselbsthilfe-
organisation ASKIO
